

Vom Waffenstillstand 1945 bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1949

von Gertrud Bühler

Es geht in dieser Arbeit nicht um eine Auseinandersetzung, ob das Ende des Zweiten Weltkriegs einen radikalen Bruch und damit einen Neuanfang brachte oder ob die Kontinuität überwog und alles mehr oder weniger beim alten blieb, sondern um eine sachliche Schilderung der damaligen Ereignisse.

Stunde Null?

Die Lage in Deutschland war chaotisch und schien hoffnungslos. Deutschland war von der Diktatur der Nazi-Herrschaft zwar befreit, aber das Ausmaß seiner Verwüstung, der millionenfache Mord an den Juden und anderen mißliebigen Menschengruppen, das Ausmaß des Leides in den Konzentrationslagern, das Unrecht am eigenen Volk, die Last der Schuld Deutschlands an anderen Völkern kamen erst jetzt langsam zu Bewußtsein¹. Das Reich wurde geteilt durch die Abtrennung der Ostgebiete, und die Zerteilung in vier Besatzungszonen und damit in vier verschiedene politische Einflussbereiche. Das Wirtschaftssystem war mehr oder weniger zusammengebrochen; ein Großteil der Fabrikgebäude und –maschinen waren zerstört; zahlreiche Straßen und Brücken gesprengt, die Eisenbahnen nur noch zum Teil funktionsfähig, Autos und Benzin kaum noch zu erhalten, das heißt das Verkehrssystem war nahezu lahmgelegt. Starke Veränderungen ergaben sich in der Bevölkerungsstruktur: Ausgebombte Städter, in ländliche Gebiete evakuiert, kehrten zunächst nur teilweise in die zerstörten Wohnungen zurück; Flüchtlingsströme aus dem Osten suchten eine neue Bleibe; viele Soldaten waren gefallen, ein Großteil der Lebenden in Kriegsgefangenenlagern festgehalten. Führten die Veränderungen zu einem Neuanfang?

Andererseits verändern sich alte Wertvorstellungen nicht so leicht. Die anerzogenen Haltungen, Primär- und Sekundärtugenden wurden beibehalten. Ohne die erlernte Disziplin und Ausdauer, ohne das eingepflegte Arbeitsethos wäre der Aufbau nicht so schnell vor sich gegangen. Frühere Institutionen lebten erneut auf, z.B. die Kirchen konnten wieder ihre Stimme erheben, die SPD als Vorkriegspartei meldete sich zurück; führende Persönlichkeiten aus der Zeit vor 1933 nahmen von neuem wichtige Positionen ein. Setzte sich damit doch die Kontinuität als einflussreicher durch?

Die Siegermächte

Auf den Konferenzen in Teheran (1943) und Jalta (Februar 1945) diskutierten die „Großen Drei“ die verschiedensten Pläne:

¹ Vgl. dazu den Beitrag von Henning Schlimm und Helmut Schiewe.

- In wie viele Teile man Deutschland nach dem Sieg zerstückeln wolle,
- Welche Gebiete zu internationalisieren seien,
- Wie weit man die Industrie demontieren könne.

Gemeinsam war ihnen ein starkes Sicherheitsbedürfnis. Westliche Politiker wollten Deutschland zwar unschädlich machen, aber es sollte kein „toter Leichnam“ entstehen. Stalin plädierte zunächst für eine Teilung Deutschlands, als aber russische Truppen immer tiefer ins Land drangen, lehnte er die Teilung ab, denn so hoffte er seinen Einfluss auf ganz Deutschland ausdehnen zu können. *“Die Sowjet-Union feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln.“ (Stalin am 9. Mai 1945)*

Auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) verfolgten die Alliierten das Doppelziel, Deutschland zu bestrafen und so zu verändern, dass sich vergleichbare Verbrechen nicht wiederholen könnten. Inzwischen hatte sich die politische Atmosphäre verändert, die Sowjet-Union befürchtete einen Separatfrieden des Westens, und Churchill war beunruhigt über den russischen Einfluss in einer Zone von Lübeck über Triest bis Korfu. Einig war man sich über die Entwaffnung, Entnazifizierung und Wiedergutmachung, die die Deutschen zu leisten hätten.

Man stritt um die Grenzen zwischen Deutschland und Polen. Im April hatten die Sowjets bereits eine Regierung ihrer Couleur in Warschau eingesetzt, während die polnische Exilregierung in London noch in Wartestellung war. Gegen die Vertreibung der Deutschen wehrten sich zunächst die Westmächte, stimmten dann jedoch einem Vorgehen „unter humanitären Bedingungen“ zu. Keine Einigung fand man über den rechtlichen Status der Gebiete „unter polnischer Verwaltung“. Nach westlicher Interpretation sollte die endgültige Regelung bei einem Friedensvertrag erfolgen, nach östlicher waren die Grenzen definitiv als Ausgleich für die polnischen Abtretungen an die Sowjetunion. 1949 unterstellte das polnische Parlament die Gebiete dem Innenministerium, womit sie vollständig in den polnischen Staat integriert waren.

Reparationen

Die USA suchten eine Parallele zum Versailler Vertrag zu vermeiden und warnten vor zu hohen Forderungen, denn sie wollten in den folgenden Jahren nicht für den Lebensunterhalt der Deutschen aufkommen. Die Höhe der Reparationen wurde folgendermaßen festgesetzt:

20 Mrd. Dollar aus Demontage und laufender Produktion, wobei jeder Staat seinen Teil aus der jeweiligen Besatzungszone holen sollte. Der Sowjetunion wurden zusätzlich 10% der westlichen demontierten Industrieanlagen und weitere 15% im Austausch von Kohle gegen Lebensmittel zugestanden. Ein Oberster Kontrollrat wurde eingesetzt, in dem jede Macht das Vetorecht besaß. Die Oberbefehlshaber der jeweiligen Besatzungszonen waren zwar an den Kontrollrat gebunden, jedoch in ihrem Gebiet voll ver-

antwortlich. Damit war der praktische Anfang zur Teilung Deutschlands gemacht.

Solange der Feind Deutschland zu bekämpfen war, waren sich die Alliierten einig, nun traten die ersten Risse auf. Verschiedene Auffassungen von Demokratie, Recht u.s.w. wurden erkennbar. Der Westen befürchtete den übermächtigen Einfluß der Sowjetunion in ganz Osteuropa, und diese warf dem Westen vor, er blockiere den Revolutionswillen der Völker und habe nur imperialistisch-ökonomische Interessen. Dementsprechend fielen die Beurteilungen der Potsdamer Konferenz aus.

Alltagsleben der Deutschen

Zunächst waren die Menschen froh, nicht mehr in die Luftschutzbunker rennen zu müssen und von der Angst vor Bomben befreit zu sein. Dafür begann für die meisten der Kampf um die nackte Existenz. Das Verteilungssystem der Lebensmittel war zusammengebrochen, die Versorgung war zunächst nur lokal möglich, was auf dem Lande leichter zu bewerkstelligen war als in den Städten. Es gab drei Kategorien von Lebensmittelkarten: für Schwerstarbeiter, Normalverbraucher und nicht Berufstätige (auch „Friedhofskarte“ genannt). In den ersten Jahren belief sich die Kalorienmenge in der US-Zone auf 1300, in der russischen auf 1083, der britischen auf 1060 und in der französischen auf 900. Man sammelte Bucheckern, um ein bisschen Fett herauszupressen, und streckte den Brotteig mit Eichelmehl. Die Rationen waren so kläglich, dass jeder versuchte, noch etwas Zusätzliches zu ergattern. Grünanlagen wurden zu Schrebergärten umfunktioniert. Auf dem Berliner Trümmerfeld zwischen Reichstag und Brandenburger Tor baute man Gemüse an. Auf Balkonen und in Kellern hielt man Stallhasen. Mühselige Hamsterfahrten auf mit Holzgas betriebenen Lastern wurden unternommen. Was nicht lebensnotwendig war, tauschte man gegen Nahrungsmittel. Wenn eine Familie einen Perserteppich oder einen Flügel gegen Kartoffeln hergab, war es nicht nur ein fragwürdiges finanzielles Geschäft, sondern auch ein Abschied von Familientradition – ein Stück sozialer Abstieg. Auf dem schwarzen Markt kostete Mitte 1946 z.B. 1 Kg Mehl 30-60 RM, 1 Zigarette 5-10 RM². Zigaretten waren die eigentliche Währung. Für amerikanische Chesterfield oder Luky Strike gab es heiß ersehnte Güter wie ein Paar Schuhe, einen Kochtopf oder eine größere Fleischration. 1945-1947 starben Tausende an Hungerödemen und Tuberkulose. Groß war auch die Sorge um Heizung. Die Zuteilung von Holz und Kohle reichte kaum den Winter über; der elektrische Strom wurde stundenweise abgeschaltet. In waldreichen Gegenden bekamen die Einwohner einen oder mehrere Bäume zum Selbstfällen zugeteilt. blieb einmal auf dem Bahnhofsgelände ein Waggon mit Briketts stehen, so wurde ohne Bedenken „organisiert“.

2 Die Coron Chronik. Das 20. Jahrhundert. Bd. 12: 1944-1947, Stuttgart-Gütersloh 1998, S. 194.

All diese Probleme ergaben sich auch im Schulwerk der Brüdergemeine wie z.B. in Königsfeld. Die Schule musste ihre Arbeit vom Nullpunkt wieder aufbauen. Ehemalige Schüler und Lehrer, soweit diese nicht noch irgendwo in einem Kriegsgefangenenlager auf ihre Entlassung warteten, kehrten zurück; neue Schüler rekrutierten sich häufig aus Flüchtlings- und ausgebombten Familien. Da die Schule teilweise als Lazarett gedient hatte, musste das Mobiliar zusammengesucht und auch selbst zusammengenagelt werden. Obwohl die Schüler ihre Lebensmittelkarten abgeben mussten, war die Versorgung so knapp, dass in den Gärten und auch auf einigen Feldern Gemüse und Kartoffeln angebaut wurden. Zum Glück trafen hin und wieder Hilfsgüter von der Brüdergemeine der Schweiz und Schweden sowie Care-Pakete bei Privatfamilien ein. Auch für die Heizung musste die Schule ebenso „organisieren“ wie die übrige Bevölkerung.

Ein Großteil der Gebäude in den Städten war zerbombt oder ausgebrannt. Trümmerfrauen mussten in den Ruinen aufräumen, brauchbare Steine aussortieren und Schutt wegschaffen. In Köln wohnten von 750.000 Einwohnern vor dem Krieg noch 40.000. In der US-Zone waren im Gesamten noch 60,5 % des Wohnraums verfügbar. Die seither Evakuierten aber wollten zurück. Dazu kam die große Anzahl von Flüchtlingen; im August 1945 passierten täglich 25.000 - 30.000 Menschen Berlin³. 1945 waren mehr als 12 Millionen Menschen nach Mittel- und Westdeutschland geflüchtet. Außerdem mussten zunächst die 8,5 Millionen „displaced Persons“ versorgt und repatriert werden. Nach Schätzungen waren 1,5 Mio. Russen, 1,2 Mio. Franzosen, 600.000 Polen, 350.000 Italiener, je 200.000 Holländer und Belgier und 100.000 Jugoslawen im Lande. So mancher wollte nicht mehr in seine Heimat zurück.

Brennend waren auch die Sorgen um die Soldaten. Die Heimkehrer zogen in zerschlissenen Uniformen in tagelangen Fußmärschen durch das Land auf der Suche nach ihren Familien, von denen sie oft nicht wussten, ob sie überhaupt noch lebten, wenn ja, wo sie untergekommen waren, ob im Osten oder im Westen. Wo blieben die noch nicht entlassenen Soldaten? Lebten sie noch? Campierten sie in einem der hoffnungslos überfüllten Gefangenenlager in Deutschland oder in einem Siegerland? Im März 1946 waren noch 650.000 in Frankreich gefangen; 50 % arbeiteten in der Landwirtschaft, die Übrigen leisteten Wiederaufbauarbeit. 1945 gab es 11 Mio. deutsche Kriegsgefangene und 4,7 Mio. Soldaten waren gefallen.

Entnazifizierung

Das Ziel der Entnazifizierung war die Überprüfung aller erwachsenen Deutschen hinsichtlich ihrer Stellung im Dritten Reich und ihre entsprechende Bestrafung. Deshalb wurde gegen das deutsche Volk kollektiv Anklage erhoben. Zunächst wurden alle, die eine Funktionsstelle innegehabt hatten,

³ H. Lilje, Deutschland 1945-1963, Edition Zeitgeschehen 1967, Hannover 1967, S. 3.

automatisch verhaftet und in ein Internierungslager gesteckt; bis 1946 betraf dies circa 235.000 Personen. Kein Parteimitglied durfte mehr in Justiz, Verwaltung oder Schule arbeiten. In den neu errichteten Spruchkammern hatte sich jeder zu verantworten, der nicht unter die Jugendamnestie für die nach dem 1. Januar 1919 Geborenen fiel. Als Richter fungierten zuerst Angehörige der jeweiligen Besatzungsmacht, ab 1946 Deutsche ohne juristische Vorbildung. Doch wer sollte dafür ausgewählt werden: ein Emigrant, ein Oppositioneller im Dritten Reich, ein Parteiloser? Wer garantierte Objektivität? Die Kriterien der Verurteilung waren in den Besatzungszonen unterschiedlich. In der US-Zone genügte zum Berufsverbot die Zugehörigkeit zur Partei oder zu einer ihrer Unterorganisationen. Davon waren die meisten Beamten betroffen, während ein Unternehmer, der die Partei finanziell großzügig unterstützt hatte, aber es sich erlauben konnte, nicht in die Partei einzutreten, unbehelligt davon kam.

Im Westen wurden 3,6 Mio. Fälle abgehandelt. In der amerikanischen Zone fielen 13,7 % in die Kategorie Hauptbeschuldigte, in der britischen 1,3 % und in der französischen 2,6 %. Schon aus diesen Zahlen ist die unterschiedliche Vorgehensweise zu erkennen. Im Westen wurde 1948/49, als sich die politische Gesamtlage änderte, die Aktion ganz eingestellt. In der sowjetischen Zone war das letzte Ziel der Entnazifizierung mit der Beseitigung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie die "Diktatur des Proletariats". So wurden 1946 85 % aller Richter und Staatsanwälte durch sogenannte „Volksrichter“ abgelöst. Neben den Parteimitgliedern mussten sich alle Mitglieder der SA, SS und Gestapo sowie alle ehemaligen Offiziere registrieren lassen. Auch das Industriemanagement wurde gesäubert. Nach sowjetischen Angaben wurden 1945-1950 122.671 Personen in Internierungslagern, in der Sowjetunion oder in den ehemaligen KZ-Lagern Sachsenhausen und Buchenwald gefangen gehalten. Die Höchststrafe betrug 25 Jahre. An Hunger und Krankheiten starben nach östlichen Angaben 42.889 Menschen, nach deutschen Angaben 70.000⁴.

Doch blieb es nur teilweise bei diesen rigiden Maßnahmen, denn bald fehlten überall die ausgebildeten Fachkräfte; aber die sowjetische Verwaltung arbeitete lieber mit in ihrem Sinne zuverlässigen Leuten, auch wenn der Sachverstand geringer war, doch dieser ließ sich ja mit der Zeit erwerben. Im Westen dagegen holte man bald wieder Fachleute zurück. Im Frühjahr 1948 wurden auch im Osten die gesamten Verfahren eingestellt.

Über die Entnazifizierung ist man nicht zu einem einheitlichem Bild gekommen. Als negativ wird gesehen, dass das Verfahren uneinheitlich und kompliziert war, dass es kaum neutrale Richter gab; als positiv wird gewertet, dass die alten Führungsschichten wenigstens auf einige Jahre ausgeschaltet waren und ein allgemeines Umdenken in der Bevölkerung angestoßen wurde.

4 Informationen zur politischen Bildung, Heft 231, S. 4.

Flüchtlinge und Vertriebene⁵

Schon während des Krieges wurden von der deutschen Regierung deutsche Volksgruppen aus dem Baltikum und Balkan „in das Reich heimgeholt“. Zwar waren sie keine Flüchtlinge, aber sie hatten nicht immer freiwillig ihre nicht-deutsche Heimat verlassen. Mit dem Vorrücken der sowjetischen Truppen begann am Ende des Krieges eine riesige Fluchtbewegung. Unübersehbare Massen treckten mit Pferd und Wagen, zu Fuß auf schneeglaten Landstraßen gen Westen; andere fuhren in überfüllten Zügen, soweit sie noch funktionierten, meist unbekanntem Zielen zu. Im Juni/Juli 1945 wurden 200.000 - 300.000 aus den neupolnischen Gebieten östlich der Oder vertrieben. Im Ganzen flohen von den 9,5 Mio. Einwohner dieser Gebiete 7,1 Mio.; dazu kamen aus dem östlichen Ausland 5,1 Mio. Menschen. Zu beiden Gruppen zählten Mitglieder der Brüdergemeinde. Von den 10.657 Mitgliedern der Brüdergemeinde wohnten 1939 „auswärts“ 5.002, einschließlich derer aus der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark und Schweden. 1949 zählten die westdeutschen Gemeinden 4.289 Personen, im Ausland 1.027, die ostdeutschen Gemeinden 5.226 Personen.

1950 lebten in der BRD neben 38,2 Mio. Einheimischen 9,3 Mio. Flüchtlinge, in der DDR neben 14 Mio. Einheimischen 4,5 Mio. Flüchtlinge. Wer Verwandte oder Freunde im Westen hatte, suchte dort einen Unterschlupf. Das betraf viele aus der Brüdergemeinde, die in westlichen Ortsgemeinden eine Bleibe fanden. 1948 betrug der Anteil der Flüchtlinge in Neugnadenfeld 100 %, in Bad Boll 77 %, in Hamburg 19 %, in Königsfeld 17,6 % und in Neuwied 13,1 %. Doch blieben 61% außerhalb der Ortsgemeinden.⁶

Bei der allgemeinen Wohnraum- und Lebensmittelknappheit war es äußerst schwierig, die Neuankömmlinge zu versorgen. Sie versuchten zunächst in der Landwirtschaft zu arbeiten, denn auf dem industriellen Sektor gab es kaum Arbeit. Ein einmaliges Beispiel der Integration einer geschlossenen Gruppe von Mitgliedern der Brüdergemeinde war die Neugründung von Neugnadenfeld im Moorgebiet zur holländischen Grenze.⁷ Erst einige Zeit nach der Währungsreform besserte sich die Lage und die Integration gelang trotz aller Schwierigkeiten relativ schnell.

Gesellschaft

Stark veränderte sich infolge der Neuansiedlungen die Gesellschaftsstruktur. Dieser Wandel hat sich bereits nach dem Ersten Weltkrieg angebahnt. Das Großbürgertum behauptete in der Weimarer Republik zwar seine wirtschaftliche Stellung, zeigte aber wenig Neigung, politische Verantwortung zu übernehmen. Der Mittelstand, dem die Mitglieder der Brüdergemeinde meist

5 Vgl. dazu den Beitrag von H. Schiewe in diesem Heft.

6 Districtsynode West der Europäisch-Festländischen Brüder-Unität 1949., S. ?

7 Judith E. van Weperen, Die Erde ist des Herrn. Die Siedlungsgeschichte der Herrnhuter Brüdergemeinde Neugnadenfeld, in: UF 39, 1996, S. 53-68.

angehörten, war durch die Inflation 1923 abgesunken, d.h. die Kluft zur Arbeiterklasse verringerte sich. Im Dritten Reich strebte man mittels der „Gleichmachung“ die „Volksgemeinschaft“ an und somit wurden die gesellschaftlichen Unterschiede weiter eingeebnet. Die Neu-Ankömmlinge wurde nicht nach konfessionellen, sozialen oder landsmannschaftlichen Kriterien angesiedelt. Wo Unterkünfte zu finden waren, meist auf dem Lande, dorthin wurden die Menschen verfrachtet. Damit wurde die Bevölkerung stark vermischt. Auch der Mangel an Lebensnotwendigem veränderte die soziale Situation. Auf der einen Seite waren diejenigen zu finden, die über Lebensmittel, Handelswaren etc., also „Vitamin B [=Beziehungen]“, verfügten, auf der anderen Seite die Habenichtse, deren Geldvermögen täglich wertloser wurde, und die, die durch Bomben oder Flucht ihre Existenzgrundlage verloren hatten. Die Währungsreform verstärkte einerseits diese Situation, denn sie ging zu Lasten derer, die Ersparnisse zurückgelegt hatten, und zu Gunsten derer, die Sachwerte besaßen, andererseits begann damit langsam der wirtschaftliche Aufschwung. Mit dem Aufbau der Industrie wurden die Arbeitskräfte, die zunächst in der Landwirtschaft Unterschlupf gefunden hatten, an den neuen Arbeitsplätzen gebraucht. Nun lohnte sich die Arbeit wieder, egal, wo man sie fand. Bei dem steigenden Arbeitnehmerbedarf überlappten die Angestellten die ehemaligen Schichten. Der Proletarier im alten Sinne verbesserte seine finanzielle Lage und verschwand damit, und als Manager gehörten Angestellte zur oberen Schicht. Die alte Dreiklassengesellschaft wurde von einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft mit fließenden Übergängen abgelöst.

Eine andere Veränderung erfolgte im Geschlechterverhältnis. 1946 war in den westlichen Zonen die Relation: 25,7 Mio. Frauen gegenüber 20,8 Mio. Männer.⁸ In der SBZ lagen die Verhältnisse ähnlich. Die Frauen waren durch die vielen Aufgaben im Krieg selbständiger geworden, mussten aber mit der Rückkehr der Männer ins zweite Glied zurücktreten. Diese besetzten ihre alten Stellen und wurden wieder „Beschützer und Ernährer“ der Familie. Die Frauen mussten erneut lernen, sich in die alte Hierarchie einzufügen. Krockow spricht von einem „bewussten oder unbewussten Samariertendienst der Frauen an ihren zerbrochenen Männern“.⁹ Der Alliierte Kontrollrat setzte offiziell das traditionelle Familienrecht wieder in Kraft, das dem Mann „die eheliche Gewalt, die Verfügung über Kinder und Vermögen“ zusprach.¹⁰ Doch so manche Ehepaare hatten sich in Folge der verschiedenen Erlebniswelten so auseinander entwickelt, dass ein Zusammenleben unmöglich wurde und sie die Scheidung einreichten. 1948 erreichte die Scheidungswelle ihren Höhepunkt.

8 Chr. von Krockow, Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890-1990, Reinbeckverlag 1990. S. 272.

9 Ebd., S. 275.

10 Ebd.

Und die Jugend? Im Dritten Reich war sie voller Ideale erzogen worden und nun musste sie erkennen, wie mit ihrem Idealismus Schindluder getrieben worden war. Aus Ent-Täuschung erwuchs - nach Schelsky - die „skeptische Generation“. Der Sender American Forces Network vermittelte ihnen ein neues Lebensgefühl: Von der disziplinierenden Marschmusik zum lässigen Swing. Der amerikanische Einfluss drang in alle drei Besatzungszonen. Amerika wurde zum Inbegriff von Weite und Freiheit – „American Dream“.

Im ganzen waren die Deutschen ausgehungert nach Kultur, besonders nach einer, die nicht mehr bevormundete. Die Interessierten rissen sich um die ersten, wenn auch noch primitiven Drucke von Künstlern, die bis jetzt als entartet galten, z.B. Franz Marc, E. L. Kirchner und so weiter. Das kulturelle Leben begann sich früh zu regen, in den vier Zonen mit unterschiedlicher Intensität. Die Briten waren weniger daran interessiert, in der amerikanischen Zone hatte das kulturelle Leben der „reeducation“ zu dienen. Jede Aufführung wurde registriert. „Die Biene Maja“ wurde als zu militaristisch verworfen. In der französischen Zone fanden sich viele gute Schauspieler ein, meist aus Berlin geflohen. Am meisten wurde in der sowjetischen Zone geboten. Nach einem Bericht von 1946 wurde in Berlin „an fast zweihundert Stellen Theater gespielt.... täglich mindestens ein halbes Dutzend Konzerte.... Zwei Opernhäuser spielten beständig“.¹¹ Die Bevölkerung hat dieses neue Leben unterschiedlich beurteilt; für die einen waren Brot und Wohnung wichtiger, sie sahen die Kunst als Luxus an, die anderen genossen diese Freiheit

Wirtschaft¹²

Ein schwieriges Problem war die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die USA betonten von Anfang an, sie kämen nicht für den Lebensunterhalt der Deutschen auf und warnten vor zu hohen Reparationsforderungen. Auf Grund des Verlusts der agrarisch wichtigen Ostgebiete und schlechten Ernten genügten die Vorräte im Lande nicht (Hungerkrise 1947/48), das bedeutete, man musste Lebensmittel einführen, die durch Export aus industrieller Produktion zu bezahlen waren. Zugleich mussten aber auch Reparationen durch Demontagen und Waren aus laufender Produktion geleistet werden. Die Demontagen erbrachten im Allgemeinen nicht den erhofften Nutzen, sei es infolge unsachgemäßen Abbaus oder wegen der Schwierigkeiten beim Wiedereinbau, weil die industriellen Standards nicht zusammenpassten.

USA und Großbritannien verhinderten den totalen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft durch Reduzierung der Besatzungskosten und Stopp der Demontage in der US-Zone; die Briten erhöhten die Stahlka-

¹¹ Ebd., S. 277.

¹² Vgl. den Beitrag von H.M. Wenzel in diesem Heft.

pazität, um einen Ausgleich für die notwendigen Lebensmittel zu schaffen. Die Franzosen verfolgten eine gegenteilige Politik und schlossen sich erst 1948 auf Druck der Bizone an.

Anders verlief die Entwicklung in der SBZ. Gleichzeitig mit der Entnazifizierung liefen die Bodenreform und die Verstaatlichung der großen Industriebetriebe. Ab Herbst 1945 wurde mit der Aktion „Junkerland in Bauernhand“ der Großgrundbesitz von Kriegsverbrechern, Parteimitgliedern und Großgrundbesitzern enteignet, das waren 30 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Darauf wurden rund 550.000 besitzlose Landarbeiter, Flüchtlinge und landarme Bauern angesiedelt. Landwirtschaftliche Güter von Kirchen wurden von dieser Regelung zunächst ausgenommen. Das betraf auch die Brüdergemeine. Wegen der gegensätzlichen Anordnungen „bezüglich der Zinzendorfsgüter“ hatte die DBU im Laufe der nächsten Jahre zu kämpfen, ohne dass sie am Ende erfolgreich war.

Im Oktober 1945 wurde auch die Übernahme des Industrieigentums des Staates, der Naziaktivisten und besonders bezeichneter Personen verfügt. Wichtige Konzerne und Betriebe wurden als „landeigene Betriebe“ den Landesverwaltungen unterstellt; im Frühjahr 1948 waren dies 8 % der damals arbeitenden Betriebe.¹³ Der Anteil der Privatbetriebe an der industriellen Produktion war Ende 1947 auf etwa 44 % gesunken.

Die Erfüllung der Reparationen aus Demontage und laufender Produktion rangierten für die Russen an erster Stelle. Auch die Lackfabrik Höpner u. Co., Niesky, wurde stark zu Reparationslieferungen herangezogen. Da aber die nach Russland deportierten Werke dort nicht produktiv arbeiteten, übernahmen die Russen deutsche Betriebe an Ort und Stelle mitsamt den deutschen Arbeitern, die nun nur für die Sowjetunion zu arbeiten hatten, als sowjetische Aktiengesellschaften (SAG).

Mit all diesen Maßnahmen war der Weg zu einer „antifaschistischen, demokratischen Umwälzung“ zur „sozialistischen Planwirtschaft“ und Umstrukturierung der Gesellschaft eingeschlagen.

Politische Trennung

Bald nach dem Einmarsch der siegreichen Truppen wurden in den Gemeinden deutsche Bürgermeister und Landräte eingesetzt, die den Militärregierungen Berichte zu erstatten hatten. Ihren Kompetenzen waren enge Grenzen gesetzt; ihre Zuständigkeit bezog sich auf Ernährung, öffentliche Ordnung, Feuerschutz etc. Zwischen Mai und Juli wurden in der US-Zone Landesregierungen gebildet, im Oktober folgte der Länderrat. In der britischen Zone wurde mit einiger Verzögerung ähnlich vorgegangen. Frankreich behielt sich eigene Regelungen vor; ihre Zone sollte soweit möglich von den

13 H.E. Volkmann, Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs, München 1995, S. 500.

anderen abgeriegelt sein. Das Saargebiet wurde ganz dem französischen Wirtschaftsgebiet angeschlossen.

Am schnellsten richteten die Russen deutsche Verwaltungsstellen ein. Noch vor Ende des Krieges wurde die Exilgruppe Ulbricht als Berater eingeflogen. Bereits am 17. Mai 1945 wurde der erste „demokratische Magistrat“ in Groß-Berlin gebildet. In den Bezirksverwaltungen wurden SPD-Leute an die Spitze gestellt, doch für Personal- und Bildungsfragen waren KPD-Mitglieder verantwortlich. 1947 wurde eine „Deutsche Wirtschaftskommission“ gebildet, die den Länderverwaltungen Orientierung geben sollte. Im nächsten Jahr erhielt sie gesetzgeberische Gewalt und ging 1949 in der „Provisorischen Deutsche Regierung“ auf. Alle antifaschistischen Gruppen wurden zu einem „Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ aufgerufen, an dem 2.115 Menschen teilnahmen.

In den USA war die Stimmung in der Zwischenzeit umgeschlagen. Außenminister Byrnes erklärte am 6. September 1946, Deutschland solle kein Armenhaus werden und das amerikanische Volk wünsche dem deutschen Volk die Regierung zurückzugeben. So verständigten sie sich mit Großbritannien 1947 auf die Schaffung der Bizone, zunächst als wirtschaftliche Einheit mit dem Ziel einer vorläufigen deutschen Regierung. Erst 1948 schließt sich Frankreich auf Druck der Bizone an, die damit zur Trizone wurde, wobei das Saargebiet französisches Zollgebiet blieb.

Während dieser Ost-West-Spannungen unternahmen die deutschen Ministerpräsidenten einen Einheitsversuch. Zum 6. Juni 1947 lud Ehard, der bayrische Ministerpräsident, alle Präsidenten nach München ein. Gesprächsthema sollten wirtschaftliche Fragen sein, nicht die deutsche Einheit – das hatten die westlichen Militärregierungen verboten; dem Vertreter der Saar war die Teilnahme gänzlich untersagt. Bereits am Vorabend verlangten die Ministerpräsidenten aus dem Osten, die deutsche Einheit auf die Tagesordnung zu setzen, Vertreter der Gewerkschaften und Parteien hinzuzuziehen und die Konferenz nach Berlin zu verlegen. Auf die Ablehnung dieser Forderungen hin reisten sie am folgenden Tag wieder ab und die Konferenz nahm ohne sie ihren Lauf.

Auf den Konferenzen der Siegermächte in Moskau und London 1947 zerstritt man sich über alle Fragen; es bestätigte sich, dass eine Übereinkunft zwischen ihnen über die zukünftige Gestaltung Deutschlands nicht mehr möglich war.

Auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (Großbritannien, USA, Frankreich und die Beneluxstaaten) 1948 wurde die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates mit deutscher Regierung beschlossen. Um den wirtschaftlichen Aufbau in Gang zu bringen, trat am 20. Juni 1948 die Währungsreform in Kraft; am 24. Juni folgte die Währungsreform in der SBZ. Welche „Deutsche Mark“ galt nun in West-Berlin, die westliche oder die östliche? Die Westmächte befahlen die Gültigkeit des Westgeldes. Der Osten protestierte, schaltete den Strom ab und unterband die Post- und Verkehrsverbindungen. Um die Blockade West-Berlins zu durchbrechen,

versorgten die Amerikaner und Engländer über eine Luftbrücke die Berliner 11 Monate lang mit dem Lebensnotwendigen¹⁴ – eine Kraftprobe zwischen den damals Alliierten. Im November 1948 wurde ein neuer Magistrat für West-Berlin etabliert. Berlin, bis dahin Symbol des preußischen Militarismus, wurde zum Symbol für Freiheit. Damit war die Entscheidung der Westdeutschen für die Westintegration endgültig gefallen.

Mit den „Frankfurter Dokumenten“ wurden die Ministerpräsidenten aufgerufen, bis zum 1. September 1948 eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Maßgabe war: eine demokratische Regierung föderalen Typs mit Zentralinstanz zu bilden und die Garantie der individuellen Rechte und Freiheiten. Gewisse Bereiche allerdings, wie die Außenpolitik, und bestimmte Kontrollen über Außenhandel und Wirtschaft behielten sich die Militärgouverneure vor. Am 8. Mai 1949 verabschiedete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz; am 24. Mai 1949 trat es in Kraft.

In der SBZ verlief die Entwicklung teilweise parallel, aber in eine andere Zielrichtung. Am Ende des Krieges verfolgten die Russen ein klares Konzept: Ersatz für ihre Kriegsschäden, Erhaltung der Einheit Deutschlands und Erweiterung ihres Machtbereichs soweit möglich.

Anfang Juni 1945 etablierte sich die „Sowjetische Militäradministration Deutschlands“ (SMAD) als oberste Behörde. Als im Sommer die westlichen Truppen in Berlin eintrafen, fanden sie bereits eine gewisse neue Ordnung vor, von den Russen geprägt. Im Laufe der Jahre forderten drei Volkskongresse immer wieder die deutsche Einheit. Die SED hatte bereits 1946 eine Verfassung ausgearbeitet. Parallel zu den Ereignissen in den westlichen Zonen wählte der dritte Volkskongress am 30. Mai 1949 den deutschen Volksrat und am 7. Oktober 1949 wurde die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzt. Sie betonte die Einheit Deutschlands; im Gegensatz zur BRD war die Allparteienregierung zentralistisch ausgerichtet. Bereits 1948 wurde mit der Aufstellung der „Kasernierten Volkspolizei“ begonnen und 1950 das Ministerium für Staatssicherheit gegründet.

So waren in einem halben Jahrzehnt nach der bedingungslosen Kapitulation zwei deutsche Staaten entstanden, mehr oder weniger streng voneinander getrennt. Allerdings waren beide nicht souverän, sondern blieben im Machtbereich der jeweiligen Besatzermacht.

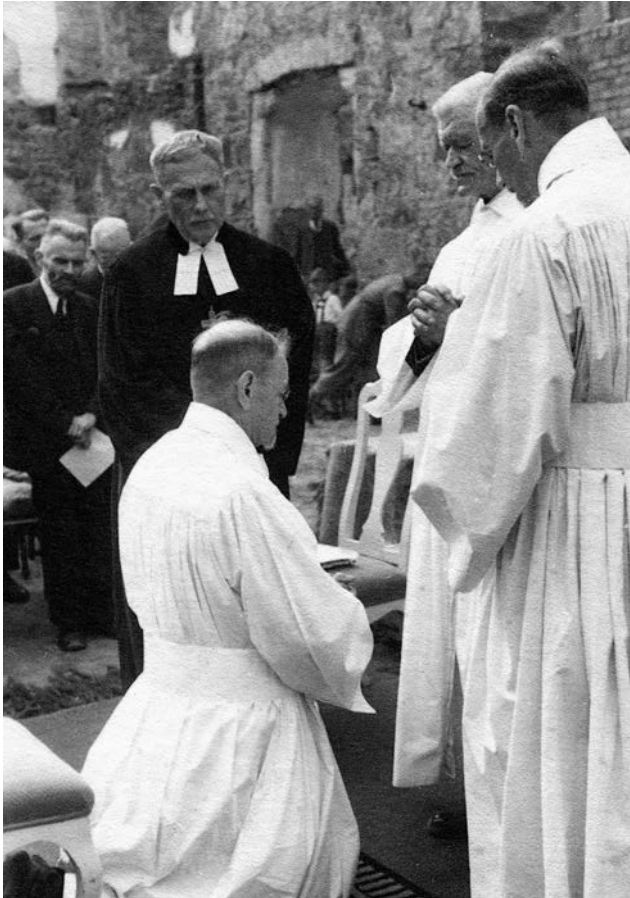
„Die DDR war stärker auf den Geist von 1945 [Potsdamer Konferenz].... bezogen. Die BRD [entfernte sich] vom Geist von 1945 und reihte sich.... damit in [die Tradition der] anderen westeuropäischen Staaten ein. Die BRD sah sich als den ‚freien Teil Deutschlands‘, die DDR verstand sich als Bestandteil eines auf [Klassenlosigkeit] beruhenden ‚Friedenslagers‘¹⁵.

14 S. dazu Lilge (wie Anm. 3), S. 50.

15 E. Nolte, Deutschland und der kalte Krieg, München 1974, S. 259f.

Gertrud Bühler, From the 1945 Armistice to the Foundation of the two German States in 1949

The purpose of this article is to offer an overview of the general and political development of Germany in the post-war period. The situation was determined by victorious powers' decisions at the 1945 conferences and the demand for reparations on the one hand, and on the other by the crushing circumstances of daily life for the German population, characterized by hunger, the plight of refugees, denazification as the precondition for employment, and concern for those who were still prisoners of war. Sections on 'society', 'economy', and above all 'political separation' sketch the external conditions and the background against which the articles which follow unfold the situation and decisions of the Moravian Church. The writer has also contributed the chronological table placed before the article, which lists the key events of German history.



Bischofsweihe von Johannes Vogt 1947 (wie Titelbild)